



Jörg Kündig und Elisabeth Pflugshaupt, beide Gossauer Gemeinderäte und Kantonsräte, wollen nicht, dass die Entwicklung der Gemeinde durch Geld aus dem kantonalen Finanzausgleich ersetzt wird.

Markus Zürcher

«Die Eigenständigkeit ist bedroht»

GOSSAU Elisabeth Pflugshaupt und Jörg Kündig, beide Gemeinderäte von Gossau und Kantonsräte, haben im Kantonsrat eine Anfrage zur Raumentwicklung eingereicht. Sie befürchten, dass Gossau und viele weitere Gemeinden im Zürcher Oberland nicht mehr wachsen dürfen.

Am Anfang stand eine gehörige Portion Ärger: Der Gemeinderat von Gossau möchte die Bau- und Zonenordnung (BZO) revidieren und so unter anderem die Baulandreserven der Gemeinde vergrössern. Der Revisionsentwurf, ordnungsgemäss zur Vorprüfung eingereicht beim Amt für Raumentwicklung, fand dort allerdings keine Zustimmung. Das kantonale Amt muss abklären, ob das Geplante alle Gesetze und Vorschriften einhält. Das sei bei der Gossauer BZO-Revision nicht der Fall, hiess es. Im Zürcher Oberland gebe es genügend Bauland, Gossau dürfe also kein neues mehr einzonieren.

Die vorgesehene Revision stütze sich auf Abmachungen, die 2004 von Vertretern des Kantons gemacht worden seien, erläutern Elisabeth Pflugshaupt und Jörg Kündig im Gespräch. Die beiden Gemeinderäte sitzen auch im Kantonsrat, sie für die SVP, er für die FDP. Offenbar, so befürchten sie, seien diese Zusicherungen inzwischen nicht mehr gültig.

Neue Bedingungen

Denn zur Begründung der negativen Antwort hiess es lapidar, die Rahmenbedingungen (Raumplanungsgesetz, Richtplan) hätten sich inzwischen wesentlich geändert. Deshalb hätten die Aussagen von damals

keine Gültigkeit mehr. Kündig fragt sich daher: «Ist der Kanton ein verlässlicher Partner in der Zeit?»

Ziel der Regierung sei es offenbar, so Kündig weiter, dass nur noch Städte und Agglomerationen wüchsen. «Wir, also die Gemeinde Gossau, gehören nicht dazu.» Und Pflugshaupt ergänzt: «Wo die Baulandreserven sind, ist für den Regierungsrat irrelevant.» Das Tösstal habe mehr davon, als gebraucht werde, Gossau dagegen habe keines, brauche aber welches. So werde ein zentralistisches und undifferenziertes System etabliert. Dass dieses die Eigenständigkeit der Gemeinden infrage stelle, sei offenbar nicht relevant.

Bauland verschieben?

Ohne Bauland keine Entwicklung? «Mit der Zeit geht der Schnauf aus», meint Pflugshaupt. Jedenfalls sei es auf diese Weise für eine finanzschwache Gemeinde mit nicht optimalen Strukturen wie Gossau nicht möglich, die Lasten auf mehr Steuerzahler zu verteilen, also mehr Einwohner und Firmen in die Gemeinde zu holen. Die Gemeinderätin könnte sich ein Kontingentsystem vorstellen: Gemeinden mit zu grossen Reserven könnten Bauland an andere abtreten und dafür ent-

schädigt werden. Das Baulandvolumen bliebe so konstant.

«Das Zürcher Oberland gehört schweremässig zu den 20-Prozent-Gemeinden, die von der Entwicklung ausgeschlossen werden», befürchtet Kündig. Gossau gehöre zu «Landschaft unter Druck». Dem unterziehe man sich, aber «Ballenberg» zu werden, sei inakzeptabel. Und was ist mit dem Finanzausgleich? Es müsse doch ein Ziel sein, sich davon zu lösen. «Der Finanzausgleich darf die Eigenständigkeit weder verhindern noch ersetzen.»

Druck auf die Strukturen

Jede Oberländer Gemeinde will wachsen. Ist das überhaupt sinnvoll? Wenn die Strukturen bleiben sollten, wie sie seien, müsse man Wachstum zulassen, findet Pflugshaupt. «Wenn man aber Wachstum verhindern will, müsste man grössere Einheiten schaffen.» «Wir haben den Verdacht, dass mit einem verborgenen Plan der Druck auf die Strukturen akzentuiert wird», meint Kündig. Die Gemeinden sollten sich aus Planungsüberlegungen zusammenschliessen bis hin zur S-Bahn-Stadt als Maximalvariante.

Indessen: «Der Zersiedelung müssen wir entgegenwirken. Dieser Meinung bin auch ich», sagt Kündig. Unklar sei, wie, fügt Pflugshaupt an. «Der Fehler passierte vor 50 Jahren, als massiv Bauland eingezont wurde. Trotzdem: «Man kann das Bevölkerungswachstum in Gossau nicht abwürgen.»

SIEDLUNGSENTWICKLUNG IM ZÜRCHER OBERLAND



Die Handlungsräume – Ausschnitt aus der Grafik im regierungsrätlichen Strategiepapier.

Grafik Andreas Steiner

«Mit unserer Anfrage wollen wir das Thema ins Bewusstsein rücken», erklärt Kündig weiter. Der Regierungsrat solle Farbe bekennen, nämlich bestätigen

müssen, dass er mit der Raumentwicklungsstrategie Strukturpolitik betreibe. Ausserdem wollen Pflugshaupt und Kündig zeigen, dass die Gemeinden des Zür-

cher Oberlands mit dem Problem der fehlenden Baulandreserven nicht allein sind. Im Weinland und im Knonauer Amt sehe es ähnlich aus. Anna E. Guhl

LANGFRISTIGE RAUMENTWICKLUNGSSTRATEGIE DES KANTONS ZÜRICH

Weite Teile des Oberlands unter grossem Zersiedelungsdruck

Die Strategie zur Entwicklung des Raums im Kanton Zürich sieht vor, dass das Gros des Oberlands nur noch wenig wächst. Im Vordergrund steht gemäss Regierung die Pflege der Kultur- und der Naturlandschaften.

1,7 Millionen Menschen werden im Jahr 2040 im Kanton Zürich leben, Ende 2014 waren es 1,43 Millionen. Das prognostiziert das Statistische Amt. Die beträchtliche Zunahme müssen Kanton und Gemeinden so bewältigen, dass die Landschaft nicht völlig zersiedelt wird.

Deshalb hat der Kanton in einem Raumordnungskonzept fünf Handlungsräume mit unterschiedlichen Zielen und Wachstumsmöglichkeiten festgelegt. 80 Prozent des Bevölkerungswach-

tums sollen in den Handlungsräumen «Stadlandschaft» und «urbane Wohnlandschaft» stattfinden und nur 20 Prozent in den Räumen «Landschaft unter Druck», «Kulturlandschaft» und «Naturlandschaft».

Entlang den Bahnlinien

Vergangenen Februar hat der Regierungsrat seine «Langfristige Entwicklungsstrategie Kanton Zürich» der Öffentlichkeit vorgestellt (wir berichteten). Dort wird festgelegt, wo die Handlungsräume liegen (vergleiche Grafik). In der Region Zürcher Oberland finden sich die Stadlandschaften und die urbanen Wohnlandschaften entlang den Bahnlinien; Dübendorf, Uster und Wetzikon bilden Schwerpunkte.

Die übrigen Gebiete, vor allem das Tösstal, das Gebiet zwischen

Wetzikon und dem Pfannenstil sowie jenes zwischen Illnau und dem Pfäffikersee, gelten als «Kultur-» beziehungsweise «Naturlandschaft» oder als «Landschaft unter Druck». In diesen Räumen sieht die regierungsrätliche Strategie ein auf höchstens die erwähnten 20 Prozent beschränktes Bevölkerungswachstum vor. Das hat einschneidende Konsequenzen.

Eine Übersicht im Strategiepapier macht dies deutlich: Wissensintensive Branchen sowie Forschungs- und Bildungsinstitutionen zum Beispiel sollen in den urbanen Räumen bleiben beziehungsweise dort angesiedelt werden, ebenso die kantonalen und die regionalen Infrastrukturen. Hier sollen die Bebauungs- und die Wohndichte stark erhöht sowie gleichzeitig ein

attraktives Wohnumfeld und das Umfeld für preisgünstigen Wohnraum geschaffen werden.

In den Räumen «Landschaft unter Druck» und «Kulturlandschaft» soll die Landwirtschaft im Vordergrund stehen. Hier muss der Boden als Versorgungsgrundlage erhalten bleiben. Zur Erholung der Bevölkerung soll die Landschaft erlebbar gemacht werden. Attraktives Wohnen und preisgünstige Wohnungen sollen hier von untergeordneter Bedeutung sein.

Es geht um Lebensqualität

Eine intakte Umwelt sei entscheidend für die Lebensqualität der Bevölkerung, heisst es im Strategiebericht. Reizvolle und markante Landschaftsformen wie Hügelzüge, Seen und Flüsse würden das Bild des Kantons

prägen. Die Landschaftsräume würden wichtige Funktionen bei der Erholung und der Nahrungsmittelproduktion erfüllen. Diese Art der Entwicklung hat gemäss Regierungsrat im Zürcher Oberland Vorrang. Die «Kulturlandschaft» und die «Naturlandschaft» zeichnen sich durch belebte Ortskerne und eine intakte Landschaft aus. «Die Besonderheit des Handlungsraums «Landschaft unter Druck» besteht darin, dass sich eher ländliche, aber auch urbane Qualitäten überlagern. Der Zersiedelungsdruck ist hier nämlich besonders gross», so der Bericht.

Zur Frage der Perspektiven von Gemeinden ohne Siedlungswachstum, also für die Kulturlandschafts- und Naturlandschaftsgebiete, heisst es im Strategiepapier: «Die grosse Chance

liegt im attraktiven ländlichen Erscheinungsbild mit den damit verbundenen Potenzialen: Flächen, Biodiversität, Ruhe, Naherholung, natürliche Ressourcen und landwirtschaftliche Qualitätsprodukte.» Die grösste Gefahr liege beim Siedlungsdruck.

Über die Gemeinden hinaus

Eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf lokalen Nischen wie beispielsweise der Holznutzung oder der Produktion landwirtschaftlicher regionaler Produkte aufbaue, verspreche Erfolg. Sie bedinge, dass die Gemeinden die dazu benötigten Flächen gemeindeübergreifend koordiniert bereitstellen. Die Regierung setzt also auf eine überkommunale Zusammenarbeit der Gemeinden. g7